Artikel: "Gratis-Internet für Flüchtlinge", Lahrer Zeitung, 15.04.2021

Grüne-Kreistagsfraktion stellt Antrag: Regelsätze reichten nicht aus, Integration werde behindert Die Kreistagsfraktion der Grünen hat einen Antrag auf kostenfreies Wlan in den Flüchtlingsheimen des Kreises gestellt. Die den Asylbewerbern zustehenden Regelsätze seien nicht ausreichend, der Zugriff aufs Internet aber wichtig für deren Integration.

Ortenau (red/ma). Die Kreistagsfraktion der Grünen unter Führung von Kreisrat Alfred Baum hat kostenfreies Wlan in den Einrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden beantragt. »Das Internet ist die Informationsquelle der Gegenwart und muss daher für alle Menschen frei zugänglich sein. Insbesondere für Flüchtlinge ist die Aufrechterhaltung familiärer und verwandtschaftlicher Kontakte und für Recherchezwecke zur Erfüllung der verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht im Asyl- und gerichtlichen Verfahren von besonderer Bedeutung«, heißt es zur Begründung.

Die dafür äußerst knapp bemessenen Regelsätze des Asylbewerberleistungsgesetzes – 35 Euro im Monat pro Erwachsenen, rund 26 Euro für Kinder ab acht Jahren – reichten weder für die Anschaffung der erforderlichen Endgeräte noch für die Kosten der digitalen Kommunikation aus. Günstige Langzeitverträge würden Mobilfunkanbieter Asylbewerbern mit unsicherem Aufenthaltsstatus in der Regel nicht gewährt werden.

»Digitaler Schulunterricht wird auch nach den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie eine zentrale Rolle in der zukunftsorientierten Bildung einnehmen. Ein stabiles drahtloses und kostenfreies Wlan ist somit die elementare Grundlage für die Teilnahme an den digitalen Bildungsangeboten«, heißt es.

Begonnene Integrationsprozesse kämen zudem ins Stocken, weil Geflüchtete nicht an digitalen Deutschkursen teilnehmen könnten, wenn sie in einer vorläufigen Unterkunft wohnen. »Aufgrund ihres Status können sie im Regelfall keine Verträge mit Flatrate abschließen und somit ist die Verbindung des Internets mit hohen Kosten verbunden. Auch wertvolle Kontakte der ehrenamtlichen Helfer werden durch einen kostenfreien Internetzugang in den Unterkünften erheblich erleichtert.« Dies werde auch nach den derzeitigen Kontaktbeschränkungen weiterhin der Fall sein und unbürokratische und kurzfristige Hilfestellungen ermöglichen. Auf der Ebene der Kreisverwaltung werde es zu weiteren Entlastungen führen, so die Grüne-Fraktion.

Vorgeschichte

Ganz ähnlich wie aktuell die Fraktion der Grünen im Kreistag hatte im Februar bereits eine Initiative von zwölf Flüchtlingshelferkreisen aus der Region in einem Schreiben an Landrat Frank Scherer argumentiert. Von diesem gab es damals eine negative Rückmeldung – er verwies auf die Regelsätze für Asylbewerber. »Beispielsweise stehen damit einem Elternpaar mit einem 8-jährigen Schulkind im Monat 96,10 Euro für Telefon und Internet zur Verfügung«, erläuterte Scherer in seinem Antwortschreiben. »Ein Blick auf den Markt

zeigt, dass damit ein ausreichender monatlicher Datentarif finanziert werden kann.« Bisher habe das Land, als Kostenträger der vorläufigen Unterbringung, die Erstattung von Aufwendungen für Wlan abgelehnt – die Kosten blieben am Kreis hängen.